

Familienunternehmer laufen Sturm gegen Griechenland-Hilfe – Ende der Schuldenpolitik gefordert.

(Ahlen). Der Ahlener Industrie- und Wirtschaftsclub e.V. (AIWC) als Interessenvertretung der Ahlener Wirtschaft hat sich aktiv mit der aktuellen Berliner Erklärung der Stiftung Familienunternehmen zur Krise des EURO beschäftigt.

In dem Protestschreiben, das von der Stiftung Familienunternehmen koordiniert wurde und von über 100 namhaften Familienunternehmen unterschrieben wurde, wird der Bundesregierung vorgeworfen, mit der Vergabe von Krediten an hochverschuldete Länder einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen zu haben. Download der „Berliner Erklärung zur EURO-Krise“ unter www.familienunternehmen.de .

Der AIWC unterstützt die Berliner Erklärung im vollen Umfang. Insbesondere hebt er folgende Punkte hervor:

- Die Politik ist für die EURO-Krise verantwortlich, indem sie die vereinbarten Stabilitätskriterien aufgeweichte (Obergrenze Staatsschulden, keine Schuldenübernahme anderer Mitgliedsländer etc.).
- Die Politik hat aus dem Europäischen Stabilitätspaktin nur wenigen Monaten einen „Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ gemacht, bei dem Deutschland als Bürge im Extremfall für über 200 Mrd. EURO haftet und beim ab 2013 geplanten permanenten Rettungsschirm eine Bareinlage von 22 Mrd. EURO leisten muß. Dies, in einer Situation, bei boomender Wirtschaft und sprudelnden Steuereinnahmen, in der der Staatshaushalt immer noch defizitär ist.
- Durch die Politik ist aus der EZB, deren eigentliche Aufgabe die Preisstabilität im EURO-Raum ist, eine Müllhalde von prekären Staatsanleihen – vornehm Bad Bank genannt – geworden.
- Die Politik darf es sich nun nicht einfach machen und die getroffenen und geplanten Maßnahmen als alternativlos hinstellen, sondern ist dringend gefordert mit allen Experten alle Alternativen ernsthaft zu prüfen und für Deutschland die beste Lösung zu finden. Die deutsche Politik ist in erster Linie den deutschen Bürgern verpflichtet.

Der Vorsitzende des Ahlener IWC, Jürgen Henke, hält die Sorgen der Unternehmer für begründet. Die Motivation des AIWC, die Erklärung zu unterstützen, begründete er: "Sowohl in der Bevölkerung als auch in Unternehmen gibt es einen Klimaumschwung gegen die Währungsunion. Das Vertrauen in Europa wird doch stark in Mitleidenschaft gezogen. Bisher haben wir Deutschen, genau wie alle anderen EURO-Staaten, vom Euro profitiert, das kann bald ganz anders aussehen. Auch bei Familienunternehmen bestünde die Gefahr, dass sie den Zusammenbruch des Euro ebenso wenig verkraften könnten. Wir als Unternehmer müssen täglich Entscheidungen treffen und dazu stehen, notfalls auch haften. Daher würde ich Griechenland-Hilfen im Bundestag nicht zustimmen."

Nahezu alle deutschen Unternehmen sind in Familienhand, sie stehen für gut 40 Prozent des Gesamtumsatzes und für mehr als 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Jobs.